



Bekeris & Buss in der Bürgerschaft

SPD

DER NEWSLETTER FÜR BARMBEK, DULSBURG, HOHENFELDE UND UHLENHORST

Nummer 3/2010

2. Juli 2010

Jetzt für die Schulreform abstimmen!

Vorlage der Volksinitiative „Wir wollen lernen!“

- für den Erhalt des Elternwahlrechts in Klasse 4 und der weiterführenden Schulen ab Klasse 5:

Ich fordere die Bürgerschaft und den Senat der Freien und Hansestadt Hamburg auf, eine Ausgliederung der Klassen 5 und 6 aus den Gymnasien und anderen weiterführenden Schulen und deren Anbindung an die Grundschulen als „Primarschulen“ zu unterlassen.

Denn ich bin dafür, dass die Hamburger Gymnasien und weiterführenden Schulen in der bisherigen Form, d. h. beginnend mit der Unterstufe ab Klasse 5, erhalten bleiben und die Eltern auch in Zukunft das Recht behalten, die Schulform für ihre Kinder nach der Klasse 4 zu wählen.

Ich fordere deshalb Senat und Bürgerschaft auf, das Zwölfte Gesetz zur Änderung des Hamburgischen Schulesetzes vom 20. Oktober 2009 (HmbGVBl. S. 373) zu diesen beiden Punkten unverzüglich rückgängig zu machen.

Stimmen Sie dieser Vorlage der Volksinitiative „Wir wollen lernen!“ zu?



Vorlage der Bürgerschaft:

„Für eine bessere Schule“

Ich bin für eine bessere Schule in Hamburg, die gerechter und leistungsfähiger ist.

Ich unterstütze das längere gemeinsame Lernen in der Primarschule und das Elternwahlrecht nach Klasse 6.

Ich unterstütze die einstimmige Entscheidung der Bürgerschaft vom 3. März 2010.

Stimmen Sie dieser Vorlage der Bürgerschaft zu?



In dieser Ausgabe:

NEONAZI-AKTIVITÄTEN IN BARMBEK VERHINDERT	2
LÄRMSCHUTZ FÜR BARMBEK ERST IN DREI JAHREN? DAS IST INAKZEPTABEL!	2
HAMBURGS MUSEEN BRAUCHEN ENDLICH EINE PERSPEKTIVE	3
UNI BLEIBT! SENAT GIBT PLÄNE EINER VERLAGERUNG AUF DEN KLEINEN GRASBROOK AUF	3
KONTAKT ZU DEN SPD-WAHLKREISBÜROS	4
BUCHTIPP: ULRIKE HERRMANN: HURRA, WIR DÜRFEN ZAHLEN! DER SELBSTBETRUG DER MITTELSCHICHT	4

Stimmen Sie beim Volksentscheid für die Schulreform und damit für

- eine Schule, die starke und schwache Schülerinnen und Schüler gleichermaßen fördert,
- eine Schule, die jedem Kind den Weg zum Abitur öffnet,
- Chancengleichheit für alle Kinder,
- kleinere Klassen,
- die Abschaffung des Büchergelds.

Durch die rote Brille. Der Kommentar auf Seite 1

Elphi wird Spitze von Wilfried Buss

Alle SPD-Abgeordneten sind sich einig: Würden wir heute noch einmal über den Bau der Elbphilharmonie abstimmen können, gäbe es nach dem Desaster, dass der Senat da angerichtet hat, keine einzige Ja-Stimme von uns mehr.

Kürzlich war Richtfest. Mit den ersten eingesetzten

Fenstern lässt sich schon ahnen, wie das Gebäude einmal aussehen wird. Ich bin überzeugt: Elphi wird Spitze!

Der erste Grund: Das architektonische Highlight der Stadt wird alle in seinen Bann ziehen. Wer auf der zugigen Plaza in 38 m Höhe steht und den Blick über

Stadt und Hafen schweifen lassen kann – wow! Die Besucher werden nur so strömen.

Der zweite Grund: Das musikalische Angebot. Der Intendant Lieben-Seutter kennt sich damit aus, ein hoch spannendes Programm zusammen zu stellen, das nicht nur Klassik-Fans, son-

dern auch Jazz-Freunde begeistern wird.

Der dritte Grund: Das Preisniveau. Dreimal ein Konzert in der Elphi kostet soviel wie ein überdachter Sitzplatz beim HSV!

Fortsetzung auf Seite 2

Bekeris & Buss in der Bürgerschaft

Fortsetzung S. 1 Elphi

Der vierte Grund: Die Überschreitung der Baukosten. Kein anderes Bauprojekt der Stadt hat sich so sehr verteuert wie dieses. Ein völlig

überforderter Senat hat sich von Anfang an von einem eiskalt kalkulierenden Baukonzern über den Tisch ziehen lassen. Das fing beim

Vertrag an und hört beim Krisenmanagement noch nicht auf. Also auch hier: „Spitzenleistung“!



© Axel Andersson

Aufkleber der Jusos Barmbek-Dulsberg gegen Neonazis

Neonazi-Aktivitäten in Barmbek verhindert Bezirksamt verbietet NPD-Infostände – SPD und Bürger/innen demonstrieren gegen rechts

Im Frühjahr hatte die rechtsradikale NPD mehrfach versucht, Infostände in Barmbek anzumelden, unter anderem an der Fuhsbüttler Straße. Als Partei, die leider immer noch nicht verboten ist, hat sie formal das Recht dazu.

Doch im letzten Jahr haben dort NPD-Leute am Rand eines solchen Infostandes Passanten tätlich angegriffen und verletzt. Aus diesem Grund hat das Bezirksamt die Genehmigung nun stets verweigert, da von den Neonazi-Ständen eine Ge-

fahr ausgehe – und das Verwaltungsgericht hat diese Verbote inzwischen als rechtmäßig bestätigt.

Das ist ein wichtiger Erfolg im Kampf gegen den braunen Spuk in Hamburg, denn bisher war die Verwaltungs- und Rechtspraxis meistens eine andere. Nun nehmen sich auch andere Bezirke ein Beispiel am Vorgehen des Bezirksamtes Nord.

Doch die Barmbeker SPD und mit ihr viele andere

Bürgerinnen und Bürger wollten sich nicht damit begnügen, auf die Verwaltung zu vertrauen: Sie haben mehrfach dort demonstriert und Kundgebungen abgehalten, wo die Nazis auftauchen wollten.

Ksenija Bekeris und Wilfried Buss werden diese Aktionen auch in Zukunft unterstützen, denn: Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen. Kein Platz für Neonazis in Barmbek oder anderswo!

WILFRIED BUSS:
„DIE BAHN MUSS
ENDLICH
BEGREIFEN, DASS
SIE DIE
GESUNDHEIT DER
MENSCHEN NICHT
ALS KÜHLEN
KOSTENFAKTOR
BETRACHTEN
DARF“

Lärmschutz für Barmbek erst in drei Jahren? Das ist inakzeptabel!

So hatten die Anwohner/innen nicht gewettet. Wie an dieser Stelle berichtet, gab es eine Zusage der Bahn, aktiven Lärmschutz an der Güterumgehungsbahn 2010 zu realisieren. Im Gegenzug sammelten die Anwohner/innen in einer beispiellosen Aktion die Hälfte der Kosten der bisher umgesetzten Maßnahmen zum passiven Lärmschutz wie z.B. Lärmschutzfenster, um so eine von der Bahn geforderte Rückabwicklung vornehmen zu können. Die Anwohner/innen haben ihren Teil der Verabredung eingehalten – das Geld steht bereit.

Aber die Bahn macht nun einen Rückzieher. Parallel zum Umbau des Barmbeker Bahnhofs könne man die Lärmschutzwand zwischen der Hellbrookstraße und der Bramfelder Straße nicht errichten. Eine Errichtung in Teilabschnitten, wie von den Lärmschutzinitiativen gefordert, würde zu Mehrkosten führen und sei deshalb nicht umsetzbar.

Für Wilfried Buss und Ksenija Bekeris ist diese Begründung inakzeptabel: „Es kann nicht angehen, die Anwohner/innen noch drei Jahre länger warten zu lassen, nur weil es für die Bahn eventu-

ell etwas teurer wird“, sagt Ksenija Bekeris. „Die Bahn muss endlich begreifen, dass sie die Gesundheit der Menschen nicht als kühlen Kostenfaktor betrachten darf. Wenn man schwere, laute Güterzüge mitten durch die Stadt fahren lassen will, dann muss man auch das Geld für den erforderlichen Lärmschutz aufbringen, und zwar sofort und nicht erst am St. Nimmerleinstag. Zumal an der Strecke auch mehrere Kindertagesstätten liegen, die von dem Lärm direkt betroffen sind“, beharrt Wilfried Buss.

Hamburgs Museen brauchen endlich eine Perspektive! Wilfried Buss fordert ein Ende der peinlichen Possen der Kultursenatorin

Erst vor drei Jahren hatte die Bürgerschaft einvernehmlich beschlossen, Hamburgs Museen von ihren aufgelaufenen Schulden zu befreien. Doch seitdem hat der Senat es versäumt, den Museen eine stabile finanzielle und strukturelle Basis zu geben. So kommt es, dass die Häuser nun schon wieder rote Zahlen schreiben, obwohl sie ihre Aktivitäten bereits notgedrungen zurückgefahren haben.

Aber anstatt in dieser Lage endlich entschieden zu handeln und die Fehler der Vergangenheit zu korrigieren – wie zum Beispiel die unsinnige Einrichtung einer Superstiftung, unter deren Dach die historischen Museen gezwungen wurden – liefern Kultursenatorin und Bürgermeister seit Monaten ein

unwürdiges Schwarze-Peter-Spiel mit den Museen. Der vorläufige Gipfel war die beispiellos peinliche Brandschutzklappenposse bei der Kunsthalle. Und die ständigen Schließungsgerüchte um das Museum der Arbeit oder das Altonaer Museum tun ein Übriges, um das Ansehen der Hamburger Kultur restlos zu ruinieren. Nicht nur Daniel Richter hat mit seiner harschen Kritik den Finger in die Wunde gelegt; die Hamburger Kulturpolitik ist bundesweit in der kulturinteressierten Öffentlichkeit zum Gespött geworden.

Deshalb fordert die SPD nun in der Bürgerschaft dringend einen Neuanfang. Wilfried Buss hat für die Fraktion den Antrag begründet, in dem unter anderem eine nachhaltige Entschuldung, eine aus-

reichende und stabile Finanzierung, transparente und den kulturellen Aufgaben angemessene Strukturen und ein effektives Controlling ohne übermäßige bürokratische Gängelung vorgeschlagen werden.

Dabei appellierte er an das „bürgerliche“ Bewusstsein des Senats im wohlverstandenen Sinne: Eine Stadt wie Hamburg braucht nicht nur Leuchttürme für Marketing und Tourismus, sondern Orte des historischen Gedächtnisses und der kulturellen Bildung und Identität. Das sind die Museen – auch das Museum der Arbeit in Barmbek.



Das Museum der Arbeit in Barmbek

Foto: Bernd Sterzl/Pixelio, www.pixelio.de

Uni bleibt! Senat gibt Pläne einer Verlagerung auf den Kleinen Grasbrook auf SPD fordert jetzt zügige Weiterentwicklung der Uni am Standort

Zum Schluss wurde immer deutlicher, dass der Senat für seine Uni-Umzugspläne auf den Kleinen Grasbrook auch aus der Universität heraus keine Unterstützung erhält. Nachdem sich der neue Uni-Präsident Dieter Lenzen gegen einen Umzug ausgesprochen hat, stimmte auch der Akademische Senat Mitte Mai einstimmig für den Verbleib der Uni am Standort und die Entwicklung des Campus in Eimsbüttel.

Ole von Beust zog die Notbremse und wischte die Um-

zugspläne in seiner Regierungserklärung am 16. Juni vom Tisch.

Die Uni bleibt also in Eimsbüttel! Ein großer Erfolg für die Universitätsangehörigen, den Bezirk Eimsbüttel und auch für die SPD, die sich klar für einen Verbleib ausgesprochen hat. Nun geht es darum, die dringend saniierungsbedürftige Hochschule am Standort weiterzuentwickeln.

In der ersten Ausschusssitzung nach der Entschei-

dung für einen Verbleib war von einem entschlossenen Vorgehen zum Wohl der Universität von Seiten der Regierungskoalition nichts zu hören. Einem entsprechenden Antrag der SPD wollten die Abgeordneten von CDU und GAL nicht zustimmen. Hier bleibt viel zu tun für die Opposition! Denn ohne Sanierung und Ausbau der Universität ist deren positive Entwicklung gefährdet.

**KSENIJA BEKERIS:
„DER VERBLEIB
DER UNI IST EIN
GROßER
ERFOLG. JETZT
MUSS SIE AM
STANDORT
SANIERT UND
AUSGEBAUT
WERDEN!“**

Sie haben Fragen, Anregungen, Kritik? Dann sind Sie hier richtig:

UNSERE WAHLKREISBÜROS

Abgeordnetenbüro Ksenija Bekeris
Büroleitung: Beate Schmid-Janssen

Pestalozzistr. 21a
22305 Hamburg

Telefon: 040 / 51 90 69 08
Fax: 040 / 51 90 69 10
E-Mail: info@ksenija-bekeris.de

Neue Öffnungszeiten:

Di-Fr.: 09-13 Uhr
Mi: 09-19 Uhr

Webseite:

www.ksenija-bekeris.de

Abgeordnetenbüro Wilfried Buss
Büroleitung: Sönke Klages

Ifflandstr. 85
22087 Hamburg

Telefon: 040 / 61 19 83 12
Fax: 040 / 61 19 83 13
E-Mail: post@wilfriedbuss.de

Öffnungszeiten:

Mo-Fr: 10-12 Uhr
14-17 Uhr

Webseite:

www.wilfriedbuss.de

Ausschüsse Ksenija Bekeris

- Eingabenausschuss
- Schulausschuss
- Sozialausschuss
- Wissenschaftsausschuss

Ausschüsse Wilfried Buss

- Eingabenausschuss
- Kultur- und Kreativwirtschaftsausschuss

Buchtipp:

Ulrike Herrmann, Hurra, wir dürfen zahlen!

Der Selbstbetrug der Mittelschicht

Und wieder ist eine Studie veröffentlicht worden, die belegt: die Mittelschicht schrumpft, während Arme immer ärmer und Reiche immer reicher werden (DIW Berlin, Juni 2010). Nicht nur, dass die Mittelschicht schrumpft, sie ist auch tief verunsichert. Die Angst, „abzurutschen“, ist groß.

Ulrike Herrmann, Wirtschaftskorrespondentin bei der taz, hat ein Buch über die Reaktion der Mittelschicht auf diese Entwicklung und Verunsicherung geschrieben. Sie fragt darin, warum die Mittelschicht eine Politik unterstützt, die gegen ihre Interessen arbeitet. Denn schließlich wird sie die Kosten der Finanzkrise tragen, wie sie auch einen Großteil des Steueraufkommens und der Sozialversicherungsabgaben bestreitet.

Ihr Antworten: Die Eliten rechnen sich arm und erklären sich erfolgreich zur Mittelschicht; die Mittelschicht nimmt nicht wahr, wie groß der Abstand zu den Eliten wirklich ist; die Mittelschicht überschätzt ihren Status auch deshalb, weil sie sich permanent bemüht, von der Unterschicht abzugrenzen. Diese Thesen unterfüttert Herrmann mit statistisch und soziologisch untermauerten Argumenten.

Angesichts des von der Regierung angekündigten Sparpakets, das unverhältnismäßige Härten für Arme und keine Belastung der Eliten vorsieht, ist dieses Buch ein Appell an die Mittelschicht, aufzuwachen und sich mit den Armen zu solidarisieren statt abzugrenzen. Und es bietet eine Erklärung, weshalb so viele Mittelschicht-Eltern gegen

die Schulreform sind, obwohl ihre Kinder von der Abschottung der Eliten nicht profitieren.



Verlag: Westend

Seiten: 223

Preis: 16,95 Euro



Foto: bibi/Pixelio, www.pixelio.de